



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht begrüßt Rentenerhöhung

Berlin/Viernheim, 10. April 2008 – Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete **Christine Lambrecht (SPD)** hat die Verabschiedung der außerplanmäßigen Rentenerhöhung begrüßt und die Kritik daran zurückgewiesen. „Der Aufschwung muss endlich auch bei den Rentnern ankommen“, so Lambrecht. „Die Renterinnen und Rentner haben durch diverse Nullrunden und Fast-Nullrunden eine Menge Opfer gebracht. Sie haben auch kaum Möglichkeiten, steuerliche Vorteile zu nutzen. Außerdem stärkt das die Kaufkraft“.

Deutlich wandte sich Lambrecht gegen die Kritiker der Erhöhung: „Es ist einfach widersinnig oder gezielt gewollt, an dieser Frage einen Generationenkonflikt heraufzubeschwören. Die Beiträge zur Rentenkasse werden nicht erhöht und man kann bei einer Anhebung von 1,1 Prozent nun wirklich nicht von ‚großzügigen Geschenken‘ reden. Abgesehen davon, dass Rente kein Geschenk ist, sondern erarbeitet wurde. Die Summe von 12 Milliarden Euro, die dafür nötig ist, hört sich viel an. Wenn man das aber in Relation zu den Aufwendungen sieht, die gemacht werden mussten um die Fehler einzelner Bankmanager auszubügeln, nimmt sich dieser Betrag nicht sonderlich groß aus“.

Ebenso wie sich die Löhne nach dem wirtschaftlichen Aufschwung richten, sind die Renten von der Höhe der Löhne abhängig. Erst mit einer gewissen Verzögerung allerdings schlägt sich das Erwirtschaftete im Lohn nieder. Das ist der Grund warum die Bruttolöhne im vergangenen Jahr nicht deutlich angestiegen sind – zumindest nicht so, wie angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten gewesen wäre. Im Jahr 2007 haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland nach aktuellen Zahlen, die das Statistische Bun-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

desamt kürzlich veröffentlicht hat, 1,4 Prozent mehr Lohn erhalten. In der Folge wären auch die Renten in diesem Jahr weniger angestiegen als erhofft: um nur 0,46 Prozent.

„Die SPD hat deshalb durchgesetzt, dass Rentnerinnen und Rentner schon jetzt von der guten wirtschaftlichen Lage profitieren“, so Lambrecht. Gemeinsam mit den Spitzen der Koalitionsfraktionen hat die Bundesregierung daher die Aussetzung der „Riester-Treppe“ vereinbart. „Finanzieren lässt sich diese Maßnahme ganz, ohne den Beitragssatz der Rentenversicherung zu erhöhen“, stellte Lambrecht klar. „Darauf kann verzichtet werden, weil aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs und der deutlich verbesserten Arbeitsmarktsituation eine Stabilisierung der Rentenkassen eingetreten ist. Das bedeutet: Jüngere werden nicht mehr belastet und das System der Rentenversicherung bleibt stabil. Die beiden ausgesetzten Stufen der Riester-Treppe werden in den Jahren 2012 und 2013 nachgeholt, denn das ist nötig um die Beitragsziele langfristig zu erreichen. Gesetzlich ist festgelegt, dass der Beitragssatz bis zum Jahr 2020 nicht über 20 und bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen soll“.